

Moser, Carsten R.

Article — Digitized Version

Das Pariser Gipfeltreffen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Moser, Carsten R. (1972) : Das Pariser Gipfeltreffen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 9, pp. 446-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134439>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Carsten R. Moser

Das Pariser Gipfeltreffen

Nachdem es den EWG-Außen- und Finanzministern gelang, sich auf eine gemeinsame Tagesordnung für die europäische Gipfelkonferenz zu einigen, wurde die letzte Hürde überwunden, die dem Treffen der 10 Regierungschefs am 19./20. Oktober in Paris im Wege stand. Trotz mangelhafter Vorbereitung und verschiedener Auffassung über die Ziele der Konferenz scheint es allen Mitgliedstaaten — freilich aus unterschiedlichen Motiven — angebracht, die Tagung nicht scheitern zu lassen. Ob sich allerdings die hochgesteckten Erwartungen über die Ergebnisse erfüllen werden, hängt im wesentlichen von den Lösungen ab, die die Regierungschefs auf die folgenden zwei Fragen finden werden: Können die unter-

schiedlichen Auffassungen über den gemeinsamen Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion auf einen Nenner gebracht werden? Besteht die Möglichkeit, eine einheitliche EWG-Grundhaltung bei den bevorstehenden Verhandlungen zur Reform des internationalen Währungs- und Handelssystems zu erlangen?

Bei der ersten Frage geht es um den Wunsch Präsident Pompidou, die EWG möge die Errichtung eines Europäischen Währungsfonds als Instrument einer koordinierenden Währungspolitik beschließen. Dabei soll dem Fonds die Rolle des Vorläufers auf dem Weg zu einem gemeinschaftlichen Zentralbanksystem in Anlehnung an das US-Federal Reserve Board zufallen. Sicherlich gibt es Argumente für und gegen die Errichtung des Europäischen Währungsfonds zu Beginn des Integrationsprozesses auf währungspolitischem Gebiet. Dieses „Schattenboxen“ ist jedoch nicht so entscheidend. Viel wichtiger dürfte es sein, daß alle Mitgliedstaaten den engen Zusammenhang zwischen einer verstärkten Koordinierung der Währungspolitiken und einer Einigung über die Entwicklung der Zinsen, Einkommen und Preise sehen. Wird keine Abstimmung über ein europäisches Zielbündel und die nationalen Wirtschaftspolitiken im Oktober erzielt, dann besteht die große Gefahr, daß aus der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei zunehmender Währungsintegration sehr bald eine europäische Inflationgemeinschaft wird.

Auch bei der Erarbeitung einer einheitlichen Strategie für die bevorstehenden Verhandlungen zur Reform des Weltwährungs- und -handelssystems dürfte es zur Konfrontation unterschiedlicher Auffassungen zwischen den Mitgliedern kommen. Während Frankreich und Italien eine auf Westeuropa begrenzte Erhöhung des amtlichen Goldpreises fordern, um die Rolle des Goldes im Währungssystem zu stärken, befürchten die anderen Staaten, daß eine

solche Entscheidung von den Amerikanern — als Gegner der alten französischen Goldpreisphilosophie — zum Anlaß genommen werden könnte, protektionistische Gegenmaßnahmen zu verabschieden. Die Standpunkte im handelspolitischen Bereich sind nicht nur zwischen den EWG-Partnern, sondern auch zwischen den Kommissionsmitgliedern gegensätzlich. Während einige Kommissionäre, wie Prof. Dahrendorf, für eine liberale Außenhandelspolitik eintreten und die Notwendigkeit einer neuen GATT-Runde immer wieder betonen, nehmen andere — u. a. auch Präsident Mansholt — eine eher konservative Haltung gegenüber allen Liberalisierungsbestrebungen im Handel ein, da sie darin eine Gefahr für den Integrationsprozeß der erweiterten Gemeinschaft erblicken. Diese Differenzen wurden während der Verhandlungen zwischen der EWG und der Rest-EFTA, der Erarbeitung einer gemeinsamen außenhandels- und entwicklungspolitischen Strategie für UNCTAD und im Verlauf der handels- und währungspolitischen Gespräche zwischen der EWG, Japan und den USA deutlich. Angesichts der grundsätzlichen und wichtigen währungs- und handelspolitischen Probleme, die seit langem zur Lösung anstehen, ist es höchste Zeit, daß die EWG sich auf eine gemeinsame Strategie für die kommenden Verhandlungen einigt.

Gelingt es den 10 westeuropäischen Regierungschefs, zukunftsweisende Beschlüsse zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und zur Verwirklichung der Reformen des Weltwährungs- und -handelssystems zu verabschieden, dann können von dem Pariser Gipfeltreffen ähnlich positive Impulse ausgehen wie von der Den Haager Konferenz 1969. Angesichts des Interesses von Bundeskanzler Brandt und Staatspräsident Pompidou an dem Erfolg der Tagung aufgrund der bevorstehenden Wahlen in beiden Ländern stehen die Chancen dafür nicht allzu schlecht.